

040

Dezember 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Gewerkschaftstag I:

Detlef Wetzel neuer Erster Vorsitzender

Detlef Wetzel ist der neue Erste Vorsitzende der IG Metall. Die Delegierten des 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstages am 24. und 25. November in Frankfurt am Main wählten den 60-jährigen zum Nachfolger von Berthold Huber, der sein Amt nach 6 Jahren zur Verfügung gestellt hatte. In seiner Grundsatzrede nach seiner Wahl kündigte Wetzel an, weiter auf mehr Beteiligung setzen und die Gewerkschaft zum "Seismograph der Arbeitswelt" machen zu wollen. Zum Zweiten Vorsitzenden der IG Metall wählten die Delegierten Jörg Hofmann, der in den vergangenen zehn Jahren den Bezirk Baden-Württemberg leitete. Zu den Gästen auf dem Gewerkschaftstag zählten unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, SPD-Chef Sigmar Gabriel und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Kanzlerin bedankte sich in ihrer Rede artig für die gute Zusammenarbeit mit der IG Metall, "der größten Gewerkschaft, die es weltweit gibt". → [Weiter...](#)

Gewerkschaftstag II:

"Frankfurter Erklärung" verabschiedet

Eine demokratische und solidarische Gesellschaft, die auf Teilhabe, Fairness und sozialer Integration beruht – dafür sprachen sich die Delegierten des 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall in ihrer "Frankfurter Erklärung" aus. Darin fordern die Delegierten unter anderem eine gute neue Balance zwischen den Flexibilitätsanforderungen von Unternehmen und Beschäftigten, betriebliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit

von Arbeit und Leben, Weiterbildungsmaßnahmen für alle Beschäftigten, und nicht zuletzt ein durchlässiges, offenes und vor allem gerechtes Bildungssystem. Dem Wildwuchs von Leiharbeit, Werkverträgen und Beschäftigung im Niedriglohnsektor müsse ein Ende gesetzt werden, hieß es. "Sichere Arbeitsplätze und ein ausreichendes und verlässliches Einkommen haben für unsere Mitglieder höchste Priorität", heißt es in der Erklärung weiter.

→ [Weiter...](#)

Extremismus-Klausel:

Tschüss, Kristina Schröder!

Die zurückliegende Amtszeit von Noch-Familienministerin Kristina Schröder war weniger von Erfolgen als von politischen und intellektuellen Missgriffen geprägt, von der Emanzipationsdebatte bis zur "Flexi-Quote". Tiefpunkt ihrer Arbeit dürfte jedoch die Einführung der so genannten Extremismusklausel gewesen sein, die von Initiativen gegen Rechtsextremismus ein "Bekenntnis zu unserer Verfassung" verlangte – und dies mit häufig schwer erfüllbaren Auflagen verband. Als Konsequenz sahen zahlreiche ehrenamtliche Vereine ihre gerade im ländlichen Osten bitter notwendige Arbeit bedroht, was die Ministerin freilich nicht weiter interessierte. Die "GroKo" will dies nun korrigieren – per einfacher Verwaltungsanordnung: "Ich bin sicher, dass es die erste Amtshandlung des künftigen Ministers wird, sie abzuschaffen" sagte Martin Dulig, SPD-Verhandlungsführer der Sozialdemokraten für den Bereich Demokratieförderung und Engagement. → [Weiter...](#)

Ausgebeutete Azubis:

Steigende Zahl von Missbrauchsfällen

Viele Arbeitgeber setzen Auszubildende als normale Arbeitskräfte ein, um Geld zu sparen und ihre Profite zu er-

040

Info-Teaser für Aktive



höhen. Das ist das Ergebnis einer Anfrage, die die Linken-Abgeordneten Sabine Zimmermann an die Bundesregierung gerichtet hatte. Demnach erhöhte sich in der jüngeren Vergangenheit die Zahl der Fälle, in denen Jugendliche für produktive Tätigkeiten eingesetzt wurden, während die Nettokosten für die Betriebe sanken und die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge stiegen. Dabei bleibe die eigentliche Ausbildung zunehmend auf der Strecke, klagte Zimmermann. [→ Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Weltwirtschaftsforum:

Eliten fürchten globalen Aufstand

Wirtschaftsbosse und Politiker in aller Welt fürchten sich offenbar zunehmend vor den Folgen ihrer eigenen Politik. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die im Auftrag des Weltwirtschaftsforums (WEF) 1.500 "internationale Entscheider" nach den ihrer Meinung nach wichtigsten politischen Themen der nahen Zukunft befragt hat. Die immer größer werdende Einkommensschere und der Vertrauensverlust in die Wirtschaftspolitik, aber auch die Schuldenkrise, der Klimawandel und die politischen Spannungen im Nahen Osten stehen der Umfrage zufolge auf der Agenda der internationalen Eliten. Die Umfrage mit dem Titel "Outlook on the Global Agenda 2014" wurde im Vorfeld des 44. Jahrestreffens des Weltwirtschaftsforums durchgeführt, das vom 22.-25. Januar 2014 im schweizerischen Davos stattfinden soll. [→ Weiter...](#)

Dresden nazifrei 2014:

Auftaktaktion erfolgreich gestartet

Nachdem es in den letzten drei Jahren gelungen war, den Neonazi-Aufmarsch zum Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden durch Massenblockaden zu verhindern, plant das Aktionsbündnis "Dresden nazifrei" auch im Januar 2014, die Nazi-Aktion mit massenhafter Beteiligung zu verhindern. In diesem Jahr fanden bereits am 15. November die ersten Aktionen in der sächsischen Landeshauptstadt statt: Um den Auftakt für die Kampagne 2014 angemessen zu begehen, wurden unter dem Motto "Wenn hier Nazis wären, würden wir blockieren" mehrere Aktionen durchgeführt, mit denen die Menschen auf das Anliegen des Bündnisses aufmerksam gemacht und an die erfolgreichen Blockaden der letzten 3 Jahre erinnert wurden. Parallel dazu läuft ein Aufruf im Internet, der seit Mitte November unterzeichnet werden kann. Das Bündnis "Dresden nazifrei" ist

ein Zusammenschluss von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen, an dem neben anderen Gewerkschaften auch die IG Metall Jugend beteiligt ist.

[→ Weiter...](#)

"Working Poor":

Gewerkschaften wichtiger als Sozialpolitik

Starke Gewerkschaften wirken positiv auf die gesamte Arbeitswelt, auch über ihre Mitglieder hinaus. Das gilt nicht nur für Deutschland und Europa sondern auch für die USA, wo Gewerkschaften oftmals einen deutlich schwächeren Stand haben als hierzulande. Eine neue Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung und der Duke University in Durham zeigt eindeutig, dass "der Einfluss der Gewerkschaften auf die Situation der Wenigverdiener größer ist als der Einfluss von ökonomischen und sozialpolitischen Maßnahmen". Untersucht wurde die Situation der so genannten "working poor", also Arbeitnehmer, die trotz Arbeit arm bleiben. Sie stellen mit etwa 10 Prozent einen größeren Teil in der US-amerikanischen Bevölkerung als die Gruppe der Arbeitslosen. Der Befund ist klar: Gewerkschaften verringern "die Armut unter den working poor für organisierte und auch für nicht organisierte Arbeiter". [→ Weiter...](#)

Initiative 1:12:

Schweizer stimmen für Super-Gehälter

Die Schweiz hat über die Deckelung von Manager-Gehältern abgestimmt – und sich eindeutig dagegen ausgesprochen. Zur Abstimmung stand eine von den eingenössischen Jusos gestartete Initiative, die die Gehälter von Führungskräften beim 12-fachen des jeweils niedrigsten Gehalts in einem Betrieb deckeln sollte. Am 24. November stimmten mit rund 65 Prozent zwei Drittel der Schweizer gegen den Vorschlag der Jungsozialisten – obwohl sich Gegner und Befürworter in Umfragen lange Zeit die Waage gehalten hatten. Noch im März hatten die Eidgenossen einer Initiative gegen überhöhte Abschlagszahlungen für Manager mit ebenfalls rund 65 Prozent zugestimmt, die von der rechtsradikalen SVP gestartet worden war. Die Alpenrepublik war in den letzten Jahren häufig mit eindeutig fremdenfeindlicher Politik aufgefallen, etwa mit Minarett-Verboten oder einem Freibad-Verbot für Asylbewerber im Sommer dieses Jahres. [→ Weiter...](#)

Überwachungs-Debatte:

BND saugt alle deutschen Daten ab

Wer hätte das gedacht? Nicht nur Briten und Amerikaner überwachen Telefonate und E-Mails in Deutschland, auch

040

Info-Teaser für Aktive



der deutsche Bundesnachrichtendienst zeigt sich überaus interessiert an der Kommunikation der Bevölkerung – und bedient sich zur Überwachung einer abenteuerlichen juristischen Konstruktion: Da der Auslandsgeheimdienst innerdeutsche Kommunikation eigentlich nicht abhören darf, ließen sich die Spione bereits 2008 von den Kollegen in Großbritannien eine Gesetzesvorlage umschreiben, die deutsche Daten flugs zu internationalem Datenverkehr umdeutet. Das berichtete das MDR-Magazin "Fakt". Das Motiv: Man wolle endlich Mitglied der Spionageallianz "Five Eyes" werden, dafür werde die Abteilung "Technische Aufklärung" allein in den nächsten fünf Jahren mit hundert Millionen Euro aufgerüstet. Die Bundesregierung sagte dazu wieder einmal – nichts. → [Weiter...](#)

Junges Leben

Neues Buch: "Was tun?" von Milo Rau

Der Theaterregisseur Milo Rau ist der aktuell vielleicht interessanteste Theatermacher im deutschsprachigen Raum, zumindest wenn es um politisch heiße Themen geht. Seine dokumentarischen Theaterprojekte griffen bisher etwa den Prozess gegen Pussy Riot in Moskau, die Verhandlung gegen den rechtsradikalen Massenmörder Breivik in Oslo oder gegen den ehemaligen rumänischen Diktator Ceaușescu auf. Nun greift Rau in einem Essay mit dem Titel "Was tun? Kritik der postmodernen Vernunft" nicht nur eine berühmte Schrift von Lenin auf – sondern vor allem die zeitgenössische Linke an. Denn diese habe, so Rau, verlernt, tatsächliche Verantwortung zu übernehmen und verlege sich lieber auf die dauernde Rückversicherung ihrer eigenen linken Identität. Da ist etwa der Lehrer, der alles "woran die große Mehrheit Spaß hat, blöd findet und dafür seine guten Gründe hat". Da sind Strömungen wie der "postmoderne Pluralismus und Interkulturalismus" oder "Schwundformen linker Utopie", womit die Occupy-Bewegung gemeint ist, die als "zahnlos" abgeschrieben wird. Rau legt sich mit allen an – und tut dies mit Witz, Bildung, rhetorischer Finesse und der notwendigen Wut. Lesenswert! → [Weiter...](#)

Neues Buch: "Autoritärer Kapitalismus"

Spätestens seit der Krise des Finanz- und Schuldensystems in EU und USA ist die einst so gepriesene Ehe von Kapitalismus und Demokratie, noch in den 1990ern als das "Ende der Geschichte" gefeiert, offensichtlich brüchig

geworden – und so ist es seit einigen Jahren en vogue, die "Entleerung" politischer Prozesse als "Postdemokratie" oder gar "Postpolitik" zu beschreiben. Angestoßen hatte die Diskussion Colin Crouchs Titel "Postdemokratie" im Jahre 2003, nun hat der Marburger Politologe Frank Deppe einen weiteren Beitrag zum Thema abgeliefert: "Autoritärer Kapitalismus" ist der Titel seines Buchs, das die These vertritt, die Legitimationsverluste der westlichen Demokratien hätten sich durch die jüngste Krise noch einmal dramatisch beschleunigt. Kritiker werfen Deppe jedoch vor, einem dogmatischen Marxismus anzuhängen, der die Komplexität der Problemlagen in der globalisierten Welt kaum erfassen könne. → [Weiter...](#)

Berliner Kunstprojekt: "Hexenjagd" durch Kreuzberg

Der Whistleblower Edward Snowden wird für seine Enthüllungen weltweit geachtet und bewundert – in seiner Haut stecken möchte jedoch niemand, sind ihm doch nicht nur alle großen Medien auf den Fersen, sondern auch die mächtigsten Geheimdienste der Welt. Ausgehend von dieser Situation hat das Berliner Künstlerduo Various & Gould das Projekt "Wanted Witches" erdacht, dass die Hatz auf Snowden mit der Hexenjagd früherer Jahrhunderte vergleicht. Dazu haben die Künstler neben Snowden eine Reihe weitere Personen gesucht, "die bei kontroversen Gesellschaftsthemen als Grenzgängerinnen und Vorreiter" agierten und mit deren Bildern eine Art Schnitzeljagd durch Berlin inszeniert. Die Teilnehmer mussten jeweils einen QR-Code scannen, um weitere Informationen zu erhalten und den nächsten Punkt finden zu können. Damit wollten sie den Begriff Hexe "umdeuten" und ihm den Charakter eines Schimpfwortes nehmen, beschrieben die Künstler ihre Absicht. → [Weiter...](#)

Am Ende

#GroKo: Jetzt wächst zusammen, was nicht zusammengehört

Endlich einmal gute Nachrichten: Die GroKo steht - und hat dank des miserablen Abschneidens der SPD nur eine satte Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Damit sollen nun bahnbrechende Dinge realisiert werden, etwa ein Mindestlohn von 8,50 für alle, die nicht weniger als 8,50 verdienen, eine "PKW-Muat" sowie eine revolutionäre Verabredung in der Bildungspolitik: So ist im Entwurf für den Koalitionsvertrag zu lesen, dass sich CDU, CSU und SPD zur Bildung einer Großen Koalition → [bekennen](#).